

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den Mitarbeitern der Verwaltung, allen voran denen der Kämmerei, für die Ausarbeitung des diesjährigen Haushaltsentwurfes und ihre Bereitschaft uns bei unseren Beratungen Rede und Antwort zu stehen, danken.

Im Besonderen gilt unser Dank Frau Kämmerin Sabine Noll und Kämmereileiter Guido Krämer, die in diesem Jahr die Klausurtagung der CDU Fraktion begleitet haben und uns den Haushaltsentwurf und zahlreiche Hintergründe für das solide Zahlenwerk näher bringen konnten.

Die Beratungen der Haushalts für das Jahr 2014 stehen unter drei großen Überschriften:

1. Wie kann die erlangte finanzielle Unabhängigkeit unserer Stadt gesichert und zukunftsweisend aufgestellt werden.
2. Der Angriff der rot-grünen Landesregierung auf die Kommunale Selbstverwaltung.
3. Projekte für oder mit Start in 2014

Zu 1.:

Wie kann die erlangte finanzielle Unabhängigkeit unserer Stadt gesichert und zukunftsweisend aufgestellt werden.

Nach den Jahren der Haushaltssicherung und des Nothaushaltes, sowie der Konsolidierung kann nun erstmals vom Erreichen einer langfristigen Phase der finanziellen Sicherheit in Monheim am Rhein gesprochen werden.

Seit der Absenkung der Gewerbesteuer im Jahre 2012 auf den niedrigsten Hebesatz in NRW von 300 Punkten entwickelten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer von ehemaligen 16 Mio. € in 2010 auf einen Spitzenwert von rd. 257 Mio € in 2013.

Für 2014 ist, trotz einer weiteren Senkung des Hebesatzes um 15 Punkte, mit Einnahmen von 200 Mio. € zu rechnen. Diese Größenordnung wird sich mit moderater Steigerung auch in den Folgejahren verfestigen.

Binnen kürzester Zeit ist es gelungen, die städtischen Schulden abzubauen und gleichzeitig die Rücklage aufzustocken.

Trotz der erreichten finanziellen Sicherheit und des erwirtschafteten Überschusses ist größtes Augenmerk auf die Entwicklung der Ausgabenseite zu legen.

Die CDU Fraktion hat hier im letzten Jahr insbesondere die üppigen Stellenausweitungen kritisiert. Die Personalkosten schnellten in nie dagewesener Weise auf eine Höhe von 25,26 Mio €. Auch wenn hier die Rückführung des Personals von Bücherei und Bauhof in die Verwaltung inbegriffen sind, muss diese Steigerung von rd. 25 % ein Einzelfall bleiben!

Der aktuelle Entwurf sieht hier moderate Anpassungen und notwendige, teilweise befristete Anstellungen vor, um die großen anstehenden Aufgaben bewältigen zu können.

Die geplanten Ausgaben über die normale Verwaltungstätigkeit hinaus, dienen der Investition in Monheims Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit und sind mit Augenmaß aufgestellt worden. Wenn gleich die CDU-Fraktion hier einige Bereiche anders gestalten würde, doch hierzu später mehr.

Die weitere Senkung der Gewerbesteuer auf 285 Hebesatzpunkte ist zum einen ein Signal für alle Firmen in unserer Stadt, dass Monheim ein verlässlicher Partner ist und sich auch von landespolitischen Irrwegen nicht beeindrucken lässt. Zum anderen ist eine Steuerquote von knapp 25 % ein weiteres Alleinstellungsmerkmal für den Standort Monheim am Rhein. Ein weiterer Grund, der uns zuversichtlich stimmt, weitere Firmen ansiedeln zu können und die angesetzten Gewerbesteuereinnahmen für die Folgejahre als realistisch einzuschätzen.

Als vor einigen Jahren zur Finanzierung des Rheindeiches die Grundsteuer B um 15 Hebesatzpunkte angehoben wurde, hat die CDU versprochen, diese Anhebung wieder rückgängig zu machen, sobald es die Haushaltslage erlaubt. Dies ist nun eingetreten und wir freuen uns darüber für unseren Antrag zur Senkung der Grundsteuer B eine Mehrheit gefunden zu haben.

Zusammen mit dem Wegfall der Elternbeiträge zur Betreuung unserer Kinder, sei es in den Kindertagesstätten oder im Ganztagsangebot unserer Schulen, eingebettet in ein umfangreiches Netzwerk zur Förderung unseres Nachwuchses, bietet Monheim als Hautstadt des Kindes ein weiteres gewichtiges Alleinstellungsmerkmal.

Die genannten Punkte,

- Schuldenfreiheit,
- Moderate Ausweitung der Personalkosten
- Investitionen in die Infrastruktur mit Augenmaß
- 25 % Steuerquote durch weitere Senkung der Gewerbesteuer
- Senkung der Grundsteuer B
- Optimales und günstiges Angebot für unsere Kinder.

bieten Firmen und ihren Mitarbeitern genügend Gründe sich für eine Zukunft in unserer Stadt zu entscheiden.

So können auch in Zukunft die benötigten Einnahmen erwirtschaftet werden, die Monheims finanzielle Unabhängigkeit und unser aller Wohlstand sichern.

Zu 2.:

Der Angriff der rot-grüne Landesregierung auf die Kommunale Selbstverwaltung.

Die Ankündigung der rot-grünen Landesregierung, mit Einführung des sogenannten Kommunalsoli rd. 46,5 Mio. € als Zwangsabgabe in Monheim kassieren zu wollen, schlug ein wie eine Bombe.

Hat diese Abgabe doch mit dem Begriff der Solidarität rein gar nichts zu tun. Anders als bei den bestehenden Solidarabgaben, Kreisumlage, Fond Deutscher Einheit, Gewerbesteuerumlage, etc., für die Monheim bereits in 2013 rd. 202,76 Mio. € aufbringt, soll dieses Geld nicht in bewährte Finanzierungssysteme fließen.

Zusammen mit Monheims 46,5 Mio. € sollten ursprünglich Landesweit rd. 181,6 Mio. € eingetrieben und willkürlich verteilt werden.

Vollkommen ohne Rücksicht darauf, ob die Geberstätte durch diese Zwangsabgabe in den Ruin getrieben würden oder ob die aus zuschütteten Beträge den absolut überschuldeten Empfängerstädten überhaupt etwas nutzen würden, sollte dieses Gesetz durchgepeitscht werden.

Es formierte sich breiter Widerstand im ganzen Land und die Landesregierung konnte ihre Forderung nicht aufrecht erhalten. Letzt endlich wurde der auszuschüttende Gesamtbetrag von 181,6 Mio € auf rd. 90 Mio € ergänzt um weitere Kredite in Höhe von rd. 40 Mio € reduziert.

Für Monheim am Rhein senkt sich die zu erwartende Belastung nun von 46,5 Mio € auf rd. 28 Mio € in 2014.

So wichtig es war, die Landesregierung unter Druck zu setzen und eine Senkung der Kosten für den Kommunalsoli zu erstreiten, so richtig ist es jetzt gegen das sogenannte Stärkungspaktgesetz zu klagen.

Denn die reduzierte Höhe der Abgaben hierfür, kann niemanden darüber hinweg täuschen, das dieses Gesetz der reinen Willkür und frei erfundenen Bemessungsgrundsätzen folgt. Diesem muss im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung entschieden begegnet werden.

Die CDU und alle ihrer Mandatsträger werden hierbei die Städte im weiteren Verfahren unterstützen. Eine Unterstützung, die wir von Seiten des Monheimer SPD Abgeordneten Jens Geier vermissen mussten.

Zu 3.:

Projekte für 2014 oder mit Start in 2014

Für das kommende Jahr steht eine Fülle von Projekten an die entweder in 2014 umgesetzt oder begonnen werden.

Alle diese Projekte dienen dem Erhalt oder der Stärkung der Infrastruktur unserer Stadt. Zu nennen sind unter anderen folgende Projekte:

- Neubau der Musikschule
- Neu- und Umbau der Feuerwache
- Neu- und Umbau der Winnrich-v.-Knipprode Schule
- Neubau der Krischerstraße in Monheim
- Neubau der Hauptstraße in Baumberg
- Neubau des Sportplatzes und Entwicklung des Siedlungsgebietes Baumberg Ost
- Kanalbaumaßnahmen und Straßenerneuerungen, z.B. Hofstraße
- Schulhofneugestaltungen
- Neubau der Übergangswohnheime Nieder- / Rhenaniastraße
- Umgestaltungsmaßnahmen Rheinbogen
- Gestaltung des Ortseingangs an der Monheimer / Krischerstraße
- Neubau Turnhalle am Heinrich-Häck-Stadion
- Ausbau des Salzlagers am Bauhof
- Ausbau des Kolumbariums auf dem Waldfriedhof
- Begleitung der Entwicklung des Krankenhausstandortes
- Entwicklung der Südanbindung an die Alfred-Nobelstraße
- Umsetzung des Tourismuskonzepts und Altstadtaktivierung
- Umsetzung der Beitragsfreiheit im Bereich der OGATA und Kitas bei Erhaltung des Qualitätsstandart
- Senkung der Verpflegungsgebühren auf 30 €/Monat je Kind in einer Monheimer Einrichtung
- etc.

Diese stichwortartige Aufzählung der anstehenden Maßnahmen spiegelt das breite Aufgabengebiet für die Monheimer Verwaltung und Politik. Nach den Jahren der Haushaltssicherung, gilt es nun, die Monheimer Infrastruktur wieder auf Stand zu bringen und die neuen haushalterischen Möglichkeiten sinnvoll auszunutzen und Mittel gezielt zu investieren. Bei vielen dieser Maßnahmen besteht Einigkeit in der Politik einige kontrovers diskutierte möchte ich hier ansprechen:

- Neu- und Umbau der Feuerwache

Peto, SPD und Grüne wollen die bestehende Feuerwache an Ort und Stelle in mehreren Abschnitten neu bauen, zum Teil sanieren und abreißen. Hierfür werden rd. 5 Jahre angesetzt.

Entstehen wird dann eine Rettungswache, die zwar den Anforderungen des Brandschutzbedarfsplanes genügt, jedoch auf Grund der Gegebenheiten keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten im ebenerdigen Bereich hat. Auch wird es notwendig eine externe Übungsfläche zu finden und für die Wehr zu erschließen. Die Lärmimmissionen werden nach wie vor Potential für Konflikte mit der Nachbarschaft bieten.

Übrigens 5 Jahre in denen es gilt, die 100 % - tige Einsatzbereitschaft der Wache während der verschiedenen Baumaßnahmen jederzeit sicher zu stellen! Dies hat zwar der Monheimer Wehrleiter Hartmut Baur zugesagt, wir wollen es jedoch nicht darauf ankommen lassen.

Die CDU hat sich deshalb, bei fast gleicher Kostenlage, für den Neubau der Feuerwache an einem geeigneten Ort, z.B. hinter dem Monberg ausgesprochen. Der Neubau wäre bereits in 2 Jahren bezugsfertig und stellt im Hinblick auf den Brandschutz die bessere Variante dar.

Besonders Wichtig ist uns hierbei, dass die Bauarbeiten zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf die Einsatzfähigkeit der bestehenden Wache haben werden.

Den Verbrauch an Gewerbefläche würden wir damit reduzieren, indem auch bei unserer Variante die Garagen am bisherigen Standort aufgekauft und eine Tiefgarage erstellt würde. Über den gesamten Komplex könnte dann ein Verwaltungsgebäude und somit weitere Büroflächen entwickelt werden. Auch in Hinblick auf die Nachbarschaft wäre dies die bessere Variante.

- Neubau des Sportplatzes und Entwicklung des Siedlungsgebietes Baumberg Ost

Ich möchte hier die Sportplatzdiskussion nicht wiederholen, die Positionen hierzu dürften hinlänglich bekannt sein. Letzt endlich hat sich die Politik, nach der Zusage der Verwaltung langfristig den Kielsgraben für den Fußball und Baumberg Ost für die Leichtathletik zu entwickeln, auf den Standort geeinigt.

Im Vorfeld des B-Planverfahrens hat die Politik die Verwaltung beauftragt, auf Grundlage der Verwaltungsvariante C, eine Ausschreibung zur Findung eines geeigneten Investors durchzuführen. Folgende Eckpunkte sollten hierbei berücksichtigt werden: 130 Wohneinheiten, davon 25 Einzelhäuser, 14 Doppelhäuser, 44 Kettenhäuser und 47 in Stadtvillen, 30 % hiervon im preisgünstigen Wohnungsbau.

Die drei eingegangenen Konzepte der Bauträger wichen zum Teil drastisch von diesen Vorgaben ab. Die CDU konnte im ersten Ansatz verhindern, dass voreilig eine Variante mit über 200 Wohneinheiten ausgewählt wurde.

Zudem wurden wir positiv von einer Variante überrascht, die es schafft komplett ohne Geschosswohnungsbau die Vorgabe des günstigen Wohnens mit Einzel, Doppel und Reihenhäusern um zu setzen. Allerdings hatten alle Variante zu diesem Zeitpunkt noch deutliches Optimierungspotential.

Hier waren weitere Verhandlungen der Verwaltung mit den Investoren dringend geboten. Ich danke den anderen Fraktion, dass sie damals dem Antrag der CDU auf Vertagung gefolgt sind. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: heute lagen uns drei Konzepte mit einer deutlich verbesserten Qualität vor, auf deren Grundlage eine Variantenentscheidung möglich ist.

Mit der Entscheidung für das Konzept von Dornieden/Potthoff hat sich der Rat am heutigen Abend mehrheitlich für eine optimierte Variante des Entwurfes entschieden, den die CDU von Beginn an verfolgt hat.

Wir erwarten nun gespannt die anstehende Öffentlichkeitsbeteiligung und die Anregungen und Kritiken der Bürger.

- Neubau der Krischerstraße in Monheim

Die Gestaltung der Krischerstraße wurde gemeinsam mit den Bürgern in Workshops erarbeitet. Dieses offene Verfahren verdient unser Lob und es setzt sich ja jetzt auch bei der Hauptstraße fort.

Für den anstehenden Abschnitt der Krischerstraße ist darauf zu achten, dass die Maßnahme mit den kleinst Möglichen Einschnitten für den örtlichen Einzelhandel umgesetzt wird.

Die CDU regt zudem eine Nachbetrachtung zu den bereits umgesetzten Maßnahmen (z.B. Kreisverkehr am Rathausplatz) gemeinsam mit den Bürgern an. Hierzu bitte ich die Verwaltung kurzfristig hierzu einzuladen. Sich ergebende Anregungen und Kritiken sollten in die laufende Arbeit aufgenommen werden.

- Entwicklung der Südanbindung an die Alfred-Nobelstraße

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Südanbindung Monheims an die Alfred-Nobel-Straße weiter vorangetrieben. Bisher war die Planung des Straßenzuges an eine Umsetzung der Planungen am Krämer-See gekoppelt. Da diese Planungen auf zunächst nicht absehbare Zeit verschoben sind, ist es für uns wichtig die genannte Südanbindung auch losgelöst hiervon zu planen. Es wird dies der einzige Weg sein, um die Opladener Straße dauerhaft zu entlasten.

- Umsetzung des Tourismuskonzepts und Altstadtaktivierung

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde das Konzept zur Altstadtaktivierung im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Uns war wichtig, dass die anstehenden Maßnahmen nicht nur im Wirtschaftsförderungsbeirat zur Kenntnis gegeben werden, sondern einer rechtlichen Prüfung unterzogen sowie zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Die langfristige Anmietung und anschließende Vermarktung privaten Eigentums durch die öffentliche Hand verursachen bei der CDU schon ein gewisses Unbehagen. Die Erklärungen zur rechtl. Zulässigkeit, insbesondere aber die enge Beschränkung auf 3 Objekte sowie fehlende andere Alternativen lassen uns hier jedoch zustimmen.

- Umsetzung der Beitragsfreiheit im Bereich der OGATA und Kitas bei Erhaltung des Qualitätsstandart

Die CDU Fraktion sieht in der Beitragsfreiheit für die Eltern von Kindern in Monheimer Einrichtungen, ergänzt durch die Absenkung der Verpflegungskosten auf 30 € je Kind und Monat, einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Hauptstadt des Kindes.

Die CDU hat jedoch mehrfach darauf hingewiesen, dass das künftige kostenlose Angebot eine Steigerung der Nachfrage auslösen kann und das dies unter keinen Umständen zu Einbußen in der Qualität der Betreuung führen darf. Die Verwaltung hat zugesagt, dies sicher zu stellen.

Nun werden wir vermehrt von Eltern angesprochen, die eine drastische Steigerung der Nachfrage nach Ganztagsplätzen im Grundschulbereich beobachten und eine entsprechende Reaktion der Verwaltung hierauf vermissen.

Eigentlich müsste der Schulverwaltung das Nachfragepotential anhand der Kinderzahlen in den Kitas bekannt sein. Wir haben bisher unterstellt, dass die Verwaltung ausreichende Vorkehrungen getroffen hat, um der zu erwartenden Nachfragesteigerung zu begegnen.

Wir werden in 2014 verstärkt darauf achten müssen, dass die zugesagten Qualitätsstandarts eingehalten und nach Möglichkeit weiter optimiert werden.

In diesem Zusammenhang erwarten wir im Schulausschuss am 23. Januar 2014 einen Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die wesentlichen Punkte im Haushalt und die Maßnahmen für 2014 unsere Zustimmung finden.

Die CDU Fraktion wird deshalb dem Haushalt 2014 zustimmen.

Markus Gronauer

Vorsitzender

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Monheim am Rhein